



Pressekonferenz

**Basler Allianz „Ja zu sozialer Zahnmedizin
mit universitärer Qualität“**

Agenda



1. Begrüssung und Einleitung
2. Ja zu sozialer Zahnmedizin
3. Ja zur universitären Anbindung
4. Ja zu fachlichem Knowhow junger Zahnärzte
5. Ja zu modernen Arbeitsbedingungen
6. Ja zum neuen Kompetenzzentrum
7. Weshalb die Argumente der Gegner nicht überzeugen
8. Vorstellung der Allianz



Begrüssung

Grossrat Dr. David Jenny

Fraktionsvizepräsident FDP

Co-Präsident der Allianz

Über was wird abgestimmt?



Über die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt, in der die öffentlichen Zahnkliniken (Volkszahnklinik und Schulzahnklinik) und die Universitätskliniken für Zahnmedizin zusammengeführt werden.

Mit dieser Zusammenführung im organisatorischen Sinne wird die Zusammenführung der bisherigen drei Standorte an einem neuen gemeinsamen Standort auf dem Campus Rosental ermöglicht.

Über was wird abgestimmt?



Das Rad wird nicht neu erfunden, das Corporate Governance-Modell lehnt sich an das Gesetz über die öffentlichen Spitäler an, das sich bewährt hat.

Das neue universitäre Zentrum für Zahnmedizin ermöglicht soziale Zahnmedizin mit universitärer Qualität.



Ja zu sozialer Zahnmedizin

Grossrätin **Patricia von Falkenstein**

Präsidentin LDP

Co-Präsidentin der Allianz

Ja zu sozialer Zahnmedizin



Nur das neue Zentrum garantiert die Aufrechterhaltung der sozialen Zahnmedizin in Basel-Stadt in hoher fachlicher und infrastruktureller Qualität.

Alle Bevölkerungsgruppen profitieren auch weiterhin von den Dienstleistungen der sozialen Zahnmedizin.

So bleibt die Zahnmedizin für alle bezahlbar.

Um das garantieren zu können, müssen wir das Gesetz annehmen.



Ja zur universitären Anbindung

Grossrat **Lorenz Nägelin**

Fraktionspräsident SVP

Co-Präsident der Allianz

Ja zur universitären Anbindung



Mit einem Ja haben wir die einmalige Chance zur Schaffung eines Kompetenzzentrums für Zahnmedizin an einem einzigen Standort.

Die Synergien zwischen den öffentlichen Zahnkliniken und der Universität dienen dem besseren Transfer von der Forschung in die Praxis.

Diese universitäre Anbindung schafft somit eine Qualitätssteigerung, welche den Patienten zu Gute kommen wird.



Ja zum fachlichen Knowhow junger Zahnärzte

Grossrat Dr. med. Rolf von Aarburg

Co-Präsident der Allianz

Ja zum fachlichen Knowhow



Mit einem Ja garantieren wir eine qualitativ hochstehende fachliche Ausbildung.

Mit dem neuen Gesetz wird in die Ausbildung junger Zahnärztinnen und Zahnärzte investiert.

Dieses Knowhow kommt allen zu Gute. Den Patienten des neuen Zentrums – aber auch Patienten von inskünftig selbständig erwerbenden Zahnärzten mit eigener Praxis.



Ja zu modernen Arbeitsbedingungen

David Wüest-Rudin

Präsident GLP

Co-Präsident der Allianz

Ja zu modernen Arbeitsbedingungen



Seit über 20 Jahren werden in der Schweiz auf Ebene Bund und Kantone öffentliche Aufgaben bzw. Aufgaben im öffentlichen Interesse in öffentlich-rechtlichen Anstalten oder spezialgesetzlichen Aktiengesellschaften erbracht, also „ausgelagert“.

Diese Rechtsformen werden oft gewählt, wenn die öffentliche Aufgabe Dienstleistungscharakter hat und/oder im Verbund mit anderen erbracht wird und/oder dem Markt ausgesetzt sind (oder bei unabhängigen Aufsichts- und Regulierungsbehörden).

Ja zu modernen Arbeitsbedingungen



Der Umgang mit diesen ausgelagerten Rechtsformen hat sich eingespielt, die Leistungserbringung ist erfolgreich.

Der Umgang ist in Basel-Stadt Richtlinien geregelt (Public Corporate Governance).

Die „ausgelagerten“ Organisationen gehören weiterhin dem Kanton, der durch Eigentümerstrategien und Eignerggespräche Einfluss nimmt, und sie bleiben in der Oberaufsicht des Parlaments.

Ja zu modernen Arbeitsbedingungen



Eine grundsätzliche Kritik einer „Auslagerung“ wäre daher völlig verfehlt.

Öffentlich-rechtliche Anstalten sind moderne staatliche Betriebe mit guten, je nach Arbeitsmarktsituation hervorragenden Anstellungsbedingungen.

Beste aktuelle Beispiele für erfolgreiche „ausgelagerte“ staatliche Betriebe sind die Basler Spitäler.



Ja zum neuen Kompetenzzentrum

Hubert Ackermann

Präsident BDP

Co-Präsident der Allianz

Ja zum neuen Kompetenzzentrum



Das neue Kompetenzzentrum auf dem Rosental-Campus wird notwendig.

Die bestehenden Standorte müssten bei einer Ablehnung massiv umgebaut werden, was massiv teurer werden würde. Bei einem Scheitern würden Patienten an Standorten versorgt werden, welche nicht mehr den modernen Anforderungen entsprechen.

Der Druck auf dem Fortbestand der sozialen Zahnmedizin wäre immens.



Weshalb die Argumente der Gegner nicht überzeugen

Grossrat Dr. David Jenny

Fraktionsvizepräsident FDP

Co-Präsident der Allianz

Argumente der Gegnerschaft



Die Minderheit der Gesundheits- und Sozialkommission betonte im Grossen Rat dass auch sie die Kooperation und die räumliche Zusammenlegung der Zahnkliniken begrüssen. Sie glauben, dies könne auch auf dem Wege einer vertraglichen Vereinbarung geschehen.

Dies ist ein Irrglaube.

Argumente der Gegnerschaft



Unser Kanton kann nicht über die universitäre Zahnmedizin verfügen. Diese ist Teil der Universität.

Einer Abtretung der universitären Zahnmedizin wird die Universität nie zustimmen.

Die Universität verfügt frei über die im Campus Rosenthal zu errichtenden Gebäude. Priorität hat für die Universität eine Nutzung durch Einrichtungen mit universitärem Auftrag, die Volks- und die Schulzahnkliniken haben keinen solchen Auftrag.

Argumente der Gegnerschaft



Die Gegner bekämpfen ein Projekt, das sie aus sachlichen Gründen auch als sinnvoll erachten, aus purer Ideologie: es soll in Basel zu keinen weiteren Auslagerungen kommen, seien diese noch so gut begründet.

Wir sind überzeugt, dass das Wohl der Patienten der sozialen Zahnmedizin es gebietet, dieses Projekt wie vorgeschlagen rasch zu verwirklichen.

Argumente der Gegnerschaft



Das UZBG ändert nichts an der gesetzlichen Verpflichtung des Kantons, die soziale Zahnpflege zu gewährleisten. Der Kanton behält weiterhin seinen bestimmenden Einfluss über die zu erbringenden Leistungen, er wird Leistungsvereinbarungen abschliessen.

Eine Lektüre von § 2 des neuen Gesetzes zeigt, dass die geschürten Ängste bezüglich der Zukunft der sozialen Zahnmedizin völlig unbegründet sind.

Die Allianz



Der Basler Allianz „Ja zu sozialer Zahnmedizin mit universitärer Qualität“ haben sich folgende Organisationen angeschlossen:

CVP und Junge CVP

FDP und Jungfreisinnige

LDP und Jungliberale

SVP und Junge SVP

GLP

BDP

SSO Basel

Arbeitgeberverband Basel

Handelskammer beider Basel

Mittelstands-Vereinigung Basel

Die Allianz



Dem Co-Präsidium gehören an:

Hubert Ackermann, Präsident BDP

Thomas B. Cueni, Generalsekretär Interpharma

Dr. Felix Eymann, Präsident Medizinische Gesellschaft Basel

Dr. Sebastian Frehner, Präsident u. Nationalrat SVP

Barbara Gutzwiller, Direktorin Arbeitgeberverband Basel

Dr. David Jenny, Grossrat FDP

Lorenz Nägelin, Grossrat u. Fraktionspräsident SVP

Dr. Paul Rüst, Präsident Mittelstands-Vereinigung Basel

Andrea Strahm, Präsidentin CVP

Daniel Stolz, Präsident u. Nationalrat FDP

Dr. Ulrich Vischer, Präsident des Universitätsrat

Patricia von Falkenstein, Grossrätin u. Präsidentin LDP

David Wüest-Rudin, Präsident GLP



Ja zu sozialer Zahnmedizin!

Bezahlbare Zahnmedizin für alle –
mit universitärer Qualität

www.zahnmedizin-ja.ch

Die Allianz



Die Komitee-Mitglieder sowie weitere Informationen
finden Sie unter:

www.zahnmedizin-ja.ch

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit